

Schweiz fürchtet um Geld und Anschluss bei EU-Bildungsprogrammen

Budgetkürzungen Brüssel diskutiert heute über den Finanzrahmen für Horizon und Erasmus+.

«Was ist das für ein schwacher EU-Ratspräsident», schrieb Kurt Deketelaere, Generalsekretär der «Liga Europäischer Forschungsuniversitäten», kürzlich auf Twitter. Er ärgerte sich über den Vorschlag von EU-Ratspräsident Charles Michel zum siebenjährigen Finanzrahmen (2021–2027).

Dieser sieht fürs neue EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» 89,4 Milliarden Euro vor. Das ist eine Kürzung von fünf Milliarden gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission. Das EU-Parlament hatte gar 120 Milliarden vorgeschlagen. Die EU-Chefs diskutieren ab heute über

den EU-Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds. Aus Schweizer Sicht interessieren vor allem die Budgets zu den Forschungs- und Bildungsprogrammen «Horizon Europe» und Erasmus+.

Bern beteiligt sich am aktuellen, knapp 77-Milliarden-Euro schweren Forschungsprogramm Horizon 2020 – vor allem im Bereich Spitzenforschung ist sie sehr erfolgreich. Auch am Nachfolgeprogramm «Horizon Europe» möchte sie teilnehmen.

Rotstift angesetzt

Wie die klaren Worte aus Forscherkreisen zeigen, ist der Ver-

teilkampf um EU-Gelder dieses Mal besonders hart: Nicht nur fehlt wegen des Brexit der Nettozahler Grossbritannien, auch hat die Corona-Pandemie Löcher in die Staatskassen geschlagen.

Auch beim neuen EU-Bildungsprogramm Erasmus+ setzte Michel den Rotstift an: Während die EU-Kommission 24,6 Milliarden Euro vorschlug, kürzte er auf 21,2 Milliarden. Das EU-Parlament hatte rund 41 Milliarden vorgeschlagen, da das Erasmus+-Programm neue Aufgaben übernehmen soll – etwa die Initiative «Europäische Hochschulen», die aktuell als Pi-

lotprojekt läuft und dem Vernehmen nach sehr erfolgreich ist.

Kritik an Parmelin

Laut Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation haben Schweizer Universitäten grosses Interesse an dieser Hochschulinitiative. Anders als bei Horizon ist die Schweiz aktuell aber nicht mehr an Erasmus assoziiert. Die Teilnahme steht auf wackligen Füßen, solange das Rahmenabkommen mit der EU nicht abgeschlossen ist. Mittlerweile haben lediglich einige technische Gespräche zu Erasmus+ stattgefunden. Der Bundesrat hat

dem Parlament aber noch keine Vorlage zur Erneuerung von Erasmus vorgelegt.

Innenpolitisch sorgt dieses Vorgehen für Ärger. Insbesondere die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK) ist aufgebracht, wie aus einem Brief an den Bundesrat hervorgeht. Gegenüber dem «Blick», welcher das Schreiben publik machte, betonte APK-Präsidentin Tiana Angelina Moser, dass man für 2021 eigentlich schon zu spät sei: «Bundesrat Guy Parmelin hat offensichtlich wenig Herzblut für das Programm, sonst würde er vorwärtsmachen.» (sda/gr)